

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

## Solardachbörse

# Informationsvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien  
beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 21. Oktober 2008

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Umweltausschuss	23.09.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	01.10.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	16.10.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

**Inhalt der Information:**

*Der Umweltausschuss, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Bericht der Verwaltung zum Antrag Nr. 0103/2007/AN „Solardachbörse“ zur Kenntnis.*

## Sitzung des Umweltausschusses vom 23.09.2008

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses vom 23.09.2008

### 4.1 **Solardachbörse** Informationsvorlage 0123/2008/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dondorf, Stadträtin Hommelhoff, Stadtrat Weirich, Stadträtin Beck, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Rehm

Stadtrat Dondorf regt an, die Möglichkeit zu prüfen, neben dem vom Umweltamt geplanten Internetauftritt zur Solar-Potential-Analyse eine Solardachbörse analog dem Mannheimer Modell einzurichten bzw. die bestehenden Seiten der KLIBA entsprechend anzupassen.

Weiterhin bittet er um Bericht seitens der GGH, ob für Dächer der GGH-Gebäude, die in der „Solarkarte 2005“ aufgeführt sind, konkrete Maßnahmen zur Solarnutzung umgesetzt wurden bzw. konkret geplant sind oder ob sie Dritten zur Nutzung überlassen werden können.

gez.

Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.10.2008**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Sitzung des Gemeinderates vom 16.10.2008**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
UM 1	+	Umweltsituation verbessern
UM 2	+	Dauerhafter Schutz von Wasser, Boden, Luft, Natur, Landschaft und Klima
UM 3	+	Verbrauch von Rohstoffen vermindern
UM 4	+	Klima- und Immissionsschutz vorantreiben

**Begründung:**  
Die Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien trägt zum Klimaschutz bei und vermindert den Verbrauch von fossilen Brennstoffen.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)



## II. Begründung:

Seit dem Jahr 2007 existiert bereits eine „Solardachbörse“ für Heidelberg und die Umlandgemeinden. Diese ist über die Internetseite der KliBA (<http://www.kliba-heidelberg.de/dach.php>) zu erreichen. Ziel der Solardachbörse ist es, mit dem Aufzeigen möglicher Realisierungsstandorte für Solarstromanlagen einen weiteren aktiven Beitrag zur Steigerung des Anteils von Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu leisten. Neben den möglichen Dachflächen städtischer Gebäude können hier auch Dachflächen anderer öffentlicher, gewerblicher oder privater Gebäude, die sich für die Installation einer Solarstromanlage eignen, kostenfrei eingetragen werden. Trotz verschiedener Veröffentlichungen und Hinweisen in der Presse fand die Solardachbörse der KliBA leider bisher wenig Resonanz.

### Städtische Liegenschaften:

Die für die Solarstromerzeugung geeigneten städtischen Dachflächen wurden in der Vergangenheit weitgehend den Stadtwerken zur Errichtung von Solarstromanlagen im Rahmen der Investition des Ökostromaufschlags überlassen. Insgesamt wurden bisher ca. 8.600 m<sup>2</sup> städtischer Dach- und Fassadenflächen für Solarstromanlagen der Stadtwerke mit einer installierten Leistung von ca. 265 kW bereitgestellt. Die restlichen städtischen Dachflächen stellen aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen (Ausstehende Sanierungen, Statik, Ausrichtung und Verschattung, etc.) keinen wesentlichen Beitrag für die Solardachbörse dar. Außer den Solarstromanlagen der Stadtwerke befinden sich auf den städtischen Dächern der Kita Hegenichstraße, der Hotelfachschule, der Kurpfalzschule, der Volkshochschule und der Abfallentsorgungsanlage Solarstromanlagen von privaten Betreibern und Solarinitiativen (14.200 m<sup>2</sup>, 385 kW).

Im Jahr 2005 hat die GGH ihre Dachflächen auf deren Eignung zur Solarenergienutzung untersuchen lassen. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in der „Solarkarte 2005“ zusammengefasst. Bisher wurden Dachflächen der GGH nur den Stadtwerken zum Bau von Solarstromanlagen überlassen (350 m<sup>2</sup>, 35 kW). Die Überlassung der Dachflächen der GGH für Solarstromanlagen Dritter ist seitens der GGH nicht vorgesehen. Die GGH behält sich vor, eine ausreichende Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt, selbst in den Bau von Solarstromanlagen auf ihren Dächern zu investieren.

Weitere Vorgehensweise:

Zur Stärkung der regenerativen Energieerzeugung und des Klimaschutzes in Heidelberg und Ergänzung der bestehenden Angebote hat das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie das Instrument der Solar-Potenzial-Analyse geprüft. Mittels Laserscannerdaten errechnet ein automatisiertes Verfahren die Neigung, Ausrichtung und Größe der jeweiligen (geeigneten) Gebäudedächer sowie die Effizienzverluste durch Verschattung. Die Bürgerinnen und Bürgern können dann über die Internetseite der Stadt einen Stadtplan anklicken, aus dem die Eignung ihrer Gebäude für die Photovoltaiknutzung zu ersehen ist. Durch weitere Links werden umfangreiche Informationen und Beratungsangebote (z.B. Checkliste „Wie gehe ich vor, wenn ich eine Photovoltaikanlage auf meinem Dach errichten möchte“, überschlägige Wirtschaftlichkeitsberechnung, Kontakt zu Innungsbetrieben, etc.) zur Solarenergienutzung angeboten.

Die Stadt Osnabrück und die Region Nordschwarzwald haben ähnliche Projekte durchgeführt. Die Umsetzung in Heidelberg ist bisher noch nicht erfolgt, da der Landesdatenschutzbeauftragte erhebliche Bedenken – hauptsächlich in Bezug auf die Zugänglichkeit der Gebäudedaten über das Internet – sah. Die Landesanstalt für Umweltschutz, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) befürwortet hingegen eine flächendeckende Solar-Potenzial-Analyse im Hinblick auf die Ziele des Umweltinformationsgesetzes (UIG). Die Abstimmungen zwischen LUBW und Landesdatenschutzbeauftragten sind noch nicht abgeschlossen. Abhängig von der Entscheidung des Landesdatenschutzbeauftragten wird die Verwaltung einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise vorlegen.

gez.

Dr. Eckart Würzner